Beilage des „Neuen Vorwärts" Nr. 18

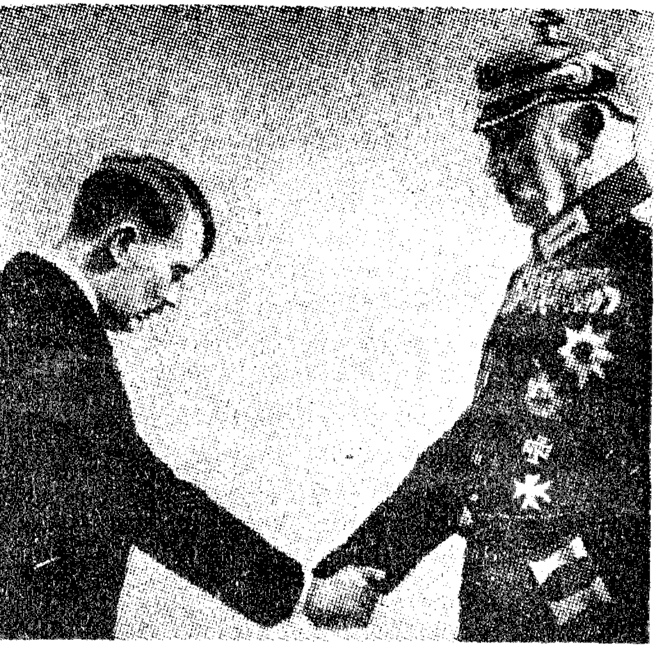
Sieht so ein Führer aus?

Nicht einmal photographieren lassen kann er sich! — Man denke an die bekannten Bilder Mussolinis, die den „Duce" in imperatorischer Geste zeigen und vergleiche sie mit diesen lächerlichen Momentaufnahmen kleinbürgerlicher Verlegenheit, die die gleichgeschaltete Presse veröffentlichte, ohne wegen „Verächtlichmachung" verboten zu werden.


Er nimmt den Spaten in die Hand


Er tut den ersten Spatenstich


Er beguckt, was er nicht versteht


„Küß die Hand, Euer Gnaden!"

Antifaschismus und Antikapitalismus

Von Hendrik de Man

Im Verlauf der zehn Jahre, die ich in Deutschland verbrachte, habe ich den Aufstieg und den Triumph des Hitler-Faschismus miterlebt. Ich habe den sozialistischen Widerstand zuerst Stück für Stück abbröckeln und dann zusammenbrechen gesehen; ich habe alle Höhepunkte dieses schmerzlichen Kampfes mitangesehen — doppelt schmerzlich für mich, weil ich ebenso überzeugt war von der Möglichkeit unseres Sieges wie von der Unzulänglichkeit der Mittel, mit denen wir ihn anstrebten.

Nun, da ich nach der Niederlage als Emigrant in meine Heimat Belgien zurückgekehrt bin, beschäftigt mein ganzes Denken eine Frage: Wie kann man verhüten, daß der ganze europäische Sozialismus ein solches Schicksal erleide?

Auf die Gefahr hin, von manchen mißverstanden zu werden, sage ich, daß meiner Meinung nach der internationale Sozialismus einen schweren Fehler beginge, wenn er seine ganze Aktion ausschließlich unter die Parole des Antifaschismus stellte. Ich sage das, obgleich ich der faschistischen Gefahr nicht weniger, sondern mehr Bedeutung zumesse, als die Mehrzahl der Sozialisten, die den Faschismus allzu oberflächlich betrachten.

Für oberflächlich halte ich die Auffassung, die den Antifaschismus lediglich als Aktion zur Verteidigung der bestehenden demokratischen Freiheiten betrachtet; oder als parlamentarische Politik, die die Gegensätze zwischen den Faschisten und den anderen bürgerlichen Parteien ausnützt; oder als Funktion einer besonderen Selbsschutzorganisation, die jedes terroristische Beginnen der faschistischen Banden im Keime ersticken soll.

Aber sind nicht gerade das die Gedankengänge, in die sich die antifaschistische Ueberzeugung der Mehrzahl der westeuropäischen Sozialisten einordnen läßt? Und, was noch beunruhigender ist: diese Aufzählung entspricht genau den Methoden, die die deutsche Sozialdemokratie ohne Erfolg angewendet hat!

Sie hat ihre Tolerierungspolitik gegenüber den bürgerlichen Regierungen vor Hitler damit gerechtfertigt, daß man die Gegensätze unter den Gegnern ausnützen müsse. Sie hat damit dem Faschismus nur den Vorwand geliefert, die Sozialdemokratie mit der ganzen Unpopularität eines ohnmächtigen und verfallenden Regimes zu belasten; sie hat nicht verstanden, daß eine „demokratische" Regierung, die sich auf die schwache Grundlage solcher parlamentarischer Koalitionen stützte, ein viel sicherer Wegbereiter für Hitler war, als eine starke, offen reaktionäre Regierung, gegen die die Sozialdemokratie in kräftiger Opposition gestanden wäre.

Der faschistischen Kritik dieses Regimes hat die Sozialdemokratie die Verteidigung der bestehenden demokratischen Verfassung entgegengesetzt. Damit hat sie nur erreicht, daß jede Aktion, diese falsche kapitalistische Demokratie in die wahre soziale Demokratie zu verwandeln, gehindert und die Spaltung unter den Arbeitern, von denen die einen unter der roten, die andern unter der schwarzrotgoldenen Fahne marschierten, unheilbarer wurde.

Endlich hat sie geglaubt, es genüge, um die Gefahren der Hitler-Miliz im Keime zu ersticken, auf eine Gegenmiliz zu vertrauen. Zu spät hat man bemerkt, daß diese Taktik im Widerspruch mit jener der Verteidigung der Verfassung stand, die doch für die beiden Milizen nur die gleiche Freiheit gewähren oder das gleiche Verbot aussprechen konnte. In der Tat hat die Militarisierung der politischen Kämpfe den Fortschritt des Faschismus nur beschleunigt, da sie den Kampf auf das vom Gegner gewählte Terrain verlegte und den Antifaschismus selbst zum Mittel machte, durch das der Faschismus Aufsehen zu erregen, Lärm zu machen und für seine Dreschmethoden zu werben vermochte.

Kurz, man beging den Grundirrtum, zu übersehen, daß man, um ein Uebel zu überwinden, seine Ursachen beseitigen und nicht bloß seine Symptome bekämpfen muß.

Es wäre ein schweres Unrecht, den deutschen Arbeitern und den Führern der deutschen Sozialdemokratie nachzusagen, sie hätten es gegenüber der faschistischen Gefahr an Willen zum Widerstand fehlen lassen. Sie verdienen manchen Vorwurf, aber diesen nicht. Seit sieben oder acht Jahren habe ich oft genug und offen genug ihr Verhalten kritisiert, so daß ich nicht mißverstanden werden kann, wenn ich aus persönlicher Kenntnis und Erfahrung heraus behaupte, daß der Fehler der sozialdemokratischen Führer nicht darin lag, die faschistische Gefahr zu unterschätzen. Vielmehr haben sie sich eher von den unmittelbaren Erscheinungsformen dieser Gefahr allzusehr gefangennehmen und von einer Politik auf lange Sicht, die sich gegen die tieferen Ursachen gerichtet hätte, abhalten lassen. Man hat den Kampf gegen den Faschismus geführt, man hat alle Kraft, deren man fähig war, in diesem Kampf aufgewendet — aber man hat die Ziele dieses Kampfes und infolgedessen die Mittel schlecht gewählt.

In diesem Kampf haben die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter Deutschlands eine Hingabe und einen Opfermut an den Tag gelegt, die denen ihrer Genossen in keinem andern Lande nachstehen. Sie haben, nach Jahren schwerer Krise, am Brot ihrer Kinder gespart, um ihre Beiträge zahlen zu können; sie haben sich während der Wahlkämpfe Tag und Nacht geracker; sie haben Dienst gebrummt wie die Rekruten, um dem Reichsbanner eine beachtenswerte militärische Kampfkraft zu geben. Nur leider: alle diese Opfer waren umsonst, weil der Kampfwille, der sie beseelte, in der falschen Richtung wirkte. Die Strategie der Führer bewegte sich auf dem für den Gegner günstigen Kampfterrain und vernachlässigte, aus Mangel an Vorstellungskraft und schöpferischer Kühnheit, den Boden, auf dem der Sozialismus unüberwindlich gewesen wäre.

Man hat eine Verteidigungsschlacht um zerfallende Stellungen geschlagen — statt einer Angriffsschlacht um neue Positionen. Man hat sich von dem Grundsatz des kleineren Uebels leiten lassen statt von dem Grundsatz des größtmöglichen Guten. Man hat vergessen, was Brailsford jüngst in einem Artikel schrieb: „Die Demokratie ist ein Ziel, das wir erobern, nicht ein Besitz, den wir verteidigen müssen." Und weiter: „Man kann die Demokratie nur verteidigen, wenn man den Sozialismus erobert." Je mehr man die Gefahr des Hitlertums wachsen sah, desto weniger hat man erkannt, daß, um sie zu besiegen, nicht der Antifaschismus das richtige Mittel war, sondern der Sozialismus.

Die antifaschistische Verteidigungsaktion erreicht nur die Symptome; nur die sozialistische Offensivaktion ermöglicht, das Uebel an den Wurzeln zu packen.

Warum wird der Faschismus der sozialistischen Bewegung gefährlicher als irgendeine der früheren reaktionären Bewegungen? Der tiefste Grund liegt darin, daß der Faschismus eine reaktionäre Bewegung ist, die vom Mißbrauch revolutionärer Empfindungen lebt. Die faschistische Demagogie macht ihren sozialreaktionären Zwecken die antikapitalistischen Stimmungen der Mittelschichten dienstbar. So wendet sich die soziale Unzufriedenheit, die der Kapitalismus in seiner Zerfallskrise erzeugt, gegen den Antikapitalismus der Arbeiterklasse.

Dieses Zurückschlagen der Flamme bedeutet den grundlegenden Widerspruch, der an der Wiege des Faschismus steht, und ihm entspricht die Grundfrage, die der sozialistischen Aktion gestellt ist: Wie kann man den Antikapitalismus der Mittelschichten zu unseren gemeinsamen Zielen hinlenken, um zu verhüten, daß er zum Werkzeug der nationalistischen, antiproletarischen und antisozialistischen Reaktion werde? Die Lösung dieses Problems ist nicht ein Zurückziehen der Sozialisten auf beschränktere Stellungen, sondern eine scharf antikapitalistische Aktion, die kühn zu neuen Zielen vorwärts strebt.

Zuschriften an die Redaktion

Alle Zuschriften an die Redaktion nur nach Prag, Palackého třída 24, an Redaktion des „Neuen Vorwärts", Tel. 37.622, Sopade, erbeten.

Brauner Bettelstaat!

Wachsendes Defizit — Spendenerpressung statt Steuern
Banken gegen Sparkassen

Zum erstenmal ist der Augustausweis über die Steuereinnahmen des Reichs auf einen weniger zuversichtlichen Ton gestimmt. Freilich wird noch immer nicht offen zugegeben, daß die Einnahmen Monat für Monat hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Aber die Erklärungen, die für diese Rückgänge gegeben werden, sind so offenkundig falsch, kindisch oder an den Haaren herbeigezogen, daß selbst dem Leichtgläubigsten die Wahrheit kaum verborgen bleiben kann.

Charakteristisch ist und für die Wirtschaftslage besonders bezeichnend, daß die Zölle und Verbrauchssteuern in ihrem Ergebnis noch stärker zurückgeblieben sind als die Besitz- und Verkehrssteuern. Sie lieferten im August nur 533.2 Millionen gegen 538.6 im Vorjahr. In den ersten fünf Monaten des Etatsjahrs brachten gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr weniger: Zölle 67.1, Tabak 13, Biersteuer 15.7 Millionen Mark. Die Salzsteuer brachte erst 19 Millionen gegenüber einem Jahres-Soll von 65 Millionen.

Der Rückgang bei den Zöllen ist einerseits eine Folge der anhaltenden

Schrumpfung des deutschen Außenhandels,

andererseits der Beweis, daß die deutschen Zölle schon so unsinnig hoch geworden sind, daß sie die Einfuhr zum Teil vollständig verhindern und infolgedessen keine Erträge mehr liefern. Die Uebersteigerung des Protektionismus führt so zu einer direkten Gefährdung des Gleichgewichts im Etat. Den Rückgang bei der Tabaksteuer erklärt das Finanzministerium wohl zutreffend aus dem Uebergang des Verbrauchs zu billigeren Sorten, was ja nur der Ausdruck der

Verschlechterung der allgemeinen Lebenshaltung

ist. Kindisch ist es dagegen, den Rückgang bei der Biersteuer auf Verbrauchswandlungen zurückzuführen, da diese doch nicht gerade in den letzten fünf Monaten eingetreten sind oder sich verschärft haben. Vielmehr geht aus einem Bericht der rheinisch-westfälischen Braunkohlenindustrie, der auch schon das dritte Quartal dieses Jahres umfaßt, sehr deutlich hervor, daß der Bierabsatz noch eine weitere Verminderung gegenüber dem schon sehr schlechten Vorjahr erfahren hat. Am merkwürdigsten ist das Zurückbleiben der Salzsteuer, da ja am Salz nur bei äußerster Armut gespart wird.

Bei den Besitz- und Verkehrssteuern ergaben sich im August 315.6 gegen 321.9 Millionen, in den ersten fünf Monaten 1608.4 gegen 1660.4 Millionen. Die Lohnsteuer, die bereits in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli um 18.8 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr zurückgeblieben war, ist auch im August weiter gesunken, ohne daß, charakteristischer Weise die genaue Zahl angegeben wird.

Aus dem Ausweis erfährt man auch ein interessantes Detail. Die neu eingeführte Ehestandshilfe wird nicht, wie bei ihrer Einführung angegeben wurde, etwa ganz für Ehestandsdarlehen verwendet, sondern ein Teil, bisher im ganzen 9 Millionen, wird dem Haushalt zugeführt.

Zusammenfassend ergibt sich, daß in den ersten fünf Monaten die Einnahmen um rund 165 Millionen hinter den Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben sind.

In diesem Etat hat aber der Finanzminister die Einnahmen noch um 233 Millionen höher angesetzt als die vorjährigen. So bestätigt sich immer wieder, daß der laufende Etat, weit davon entfernt im Gleichgewicht zu sein, mit einem um so größeren Defizit enden muß, als ja durch neue Steuerermäßigungen, durch die erzwungene Uebernahme eines Teils der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und die unkontrollierten Ausgaben die Belastung immer größer wird.

Deshalb wird auch die Finanzwirtschaft immer anarchischer. Dringende Aufgaben, die aus Etatmitteln zu erfüllen des Staates Pflicht wäre, werden **in immer größerem Umfange durch die sogenannten Spenden und Opfer notdürftig und unvollständig erfüllt.** Diese Spenden sind in Wirklichkeit genau so **zwangsweise Abgaben** wie echte Steuern. Aber die Diktatur scheut sich zuzugestehen, daß sie **neue Steuern erheben muß und deswegen diese Spenden, die** sich dadurch auch zu ihrem Nachteil von Steuern unterscheiden, daß sie der Forderung sozialer Gerechtigkeit in keiner Weise genügen, in der Hauptsache immer wieder die Arbeiter und Angestellten treffen, während die Reichen sich mit einem kleinen Bruchteil dessen loskaufen, was die Armen zu bezahlen haben.

Bei der so laut gepriesenen Winterhilfe handelt es sich für die Arbeiter und Angestellten in Wirklichkeit um eine Erhöhung der Lohnsteuer von 2 bis 5 Prozent

und streng wird kontrolliert, daß diese „freiwillige" Spende vom Arbeitgeber einbehalten und abgeführt wird. Dasselbe gilt für die Beamten. Der preußische Minister des Innern hat für die Angehörigen der Polizei und Landjägerei einen Besoldungsabzug von 1 bis 2 Prozent des Nettoeinkommens angeordnet. Die Beträge werden, so heißt es in dem Erlaß, wie „die Spende für die nationale Arbeit durch die gehaltzahlenden Stellen einbehalten und an die vereinbarte Stelle des Winterhilfswerk abgeführt." Eine ähnliche Regelung ist für die Angehörigen der Wehrmacht getroffen. Aber auch die Bauern müssen dran glauben, nachdem offenbar die Freiwilligkeit ihres Opfersinns trotz aller Volksgemeinschaft bisher kein befriedigendes Ergebnis gehabt hat. Der Landesbauernführer Dr. Wagner erläßt an die Bauern im Rhein-Main-Gebiet folgenden Aufruf:

„Ich bestimme, daß jeder Bauer pro Morgen angebauter Kartoffelfläche 1.5 Zentner, pro Morgen angebauter Getreidefläche 10 Pfund abzuliefern hat. Alle anderen Spenden sind freiwillig und willkommen. Ich mache darauf aufmerksam, daß dies die erste und letzte Lebensmittelsammlung in diesem Winter ist und keine Organisation der Partei oder irgendwelche Wohlfahrtsverbände Lebensmittel sammeln dürfen ... Es gilt den Willen des Führer zu befolgen, es schließe sich keiner aus".

Auf der anderen Seite reißen die Erlässe des Wirtschaftsministers, des „politischen Beauftragten" und anderer Stellen gar nicht mehr ab, die sich in den schärfsten Worten gegen jede Nötigung und Denunziation der „Wirtschaftsführer" wenden. Zwangssteuer bei den Arbeitern und kleine Almosen bei den Reichen, darin enthüllt sich wieder der nationalkapitalistische Charakter der Hitlerdiktatur!

Gleichzeitig aber verübt Hitlers Reichsfinanzministerium einen neuen Streich.

Es hat den Reichsbeitrag für die Wohlfahrtshilfe, der im September noch 65 Millionen Mk. betrug, auf 55.6 Millionen herabgesetzt,

trotz der Not der Gemeinden, die nun ihrerseits versuchen werden, den Druck auf die Arbeitslosen weiterzupflanzen!

Diese anarchische Finanzgebarung ist aber nur das Spiegelbild der prekären Wirtschaftslage. Eines ihrer Merkmale ist die andauernde Abnahme im Geschäftsumfang der Banken, die mit der Schrumpfung der Einlagen Hand in Hand geht. Diese Schrumpfung widerspricht der immer wieder behaupteten Belebung der Wirtschaft. Deshalb werden immer neue Ausreden erfunden, die diesen Widerspruch erklären sollen. Jetzt ist man auf die Behauptung verfallen, daß Detailhandel und Handwerk, die aus den angeblichen Neueinstellungen von Arbeitern in der Industrie ihnen zufließenden Mittel vor allem an Sparkassen und Genossenschaften weiterleiten. Das bedeutete entweder, daß bei Handwerk und Einzelhandel noch eine Verkleinerung der Warenlager erfolgt, oder daß die Einkommens- und Sparbildung dort wieder wesentliche Fortschritte mache. Warum aber in aller Welt soll der Kleinhandel die Lager gerade in einem Augenblick verkleinern, wo der Absatz steigt und er allen Grund hätte, die Lager zu vergrößern? Und was wird aus der Wirtschaftsbelebung, wenn die Lager immer mehr verkleinert werden? In Wirklichkeit sagt diese Erklärung nichts anderes, als daß ein Teil der den Banken entzogenen Einlagen in die Sparkassen abwandert und daraus, nicht aus dem Anwachsen der Sparfähigkeit erklärt sich die Einlagezunahme bei den Sparkassen.

Diese Entwicklung bildet auch den Hintergrund für einen recht artigen

Konflikt zwischen den Sparkassen und den Banken,

der auf dem Sparkassentag in Leipzig mit großer Erbitterung ausgefochten worden ist. Die Banken möchten die Konkurrenz der Sparkassen gewaltsam mit Staatshilfe einschränken und finden bei diesem eigennützigen Bestreben einen Helfershelfer bei Herrn Schacht, dem Leiter der Bankenquete. Die Sparkassenorganisation hat kein Enquetereferat erhalten und ein schon gegebener Auftrag wurde wieder zurückgezogen. Die Banken möchten den Personalkredit der Sparkassen, ihre Organisation des bargeldlosen Geldverkehrs und ihre Berechtigung, Einlagen über eine bestimmte Höhe anzunehmen, aufs Empfindlichste einschränken, um den eigenen Geschäftsbereich auf Kosten der gemeinnützigen Institute auszuweiten. Daß Schacht, dieser enragierte Vertreter des Privatkapitals, dabei auf Seiten der Banken steht, ist selbstverständlich und ebenso, daß er dabei die Unterstützung von Hitler und Schmitt hat. Gerade deshalb ist es nicht uninteressant, daß Herr Feder auf dem Sparkassentag erschien, um die Sparkassen seiner Unterstützung zu versichern und zugleich seine Revanche für die Niederlage zu nehmen, die ihm Schacht bei den Verhandlungen der Bankenquete beigebracht hat. Auf den Ausgang dieses Konfliktes zwischen Banken-Eigennutz und Sparkassen-Gemeinnutz könnte man gespannt sein, wüßte man nicht, daß die Hitlerdiktatur noch immer zuletzt für den Nutzen des Kapitals gegen den Nutzen der Gemeinschaft entschieden hat.

Dr. Richard Kern.

Unsere Not ist groß...

Die Angst vor dem Morgen

Die amtliche Berichterstattung des Dritten Reiches arbeitet nach den Methoden der kaiserlichen Kriegsberichterstattung. Das Dritte Reich eilt von Sieg zu Sieg. Die Arbeitsschlacht, der Eintopfsonntag, und dann selbstverständlich die diversen Siegesfeiern sind die beliebtesten Objekte dieses Vernebelungsfeldzugs.

Aber manchmal bricht die Sonne die Wahrheit selbst in der Nazipresse durch. Da hat am 8. Oktober ein SA.-Aufmarsch in Breslau stattgefunden. Zur Begrüßung der braunen Jungens brachte die „Breslauer Neuesten Nachrichten" einen Artikel „Die SA. marschiert", in dem zunächst die Verdienste der Braunen und Schwarzen an dem „unblutigen" Verlauf der nationalen Erhebung gefeiert wurden und dann aber auch über die weiteren Aufgaben der SA. gesprochen wird. Im Gegensatz zu der offiziellen Version, daß das Dritte Reich unerschütterlich fest steht, heißt es da:

„Unsere Not ist groß, und die Katastrophe wäre nahe, wenn nicht alle Kräfte zu ihrer Abwendung eingesetzt würden. Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung greifen an den Lebensnerv des deutschen Volkes. Wir können uns deshalb nicht leisten, die Hände in den Schoß zu legen und uns möglichen Gefahren auszusetzen; auch hier gilt, daß der kluge Mann vorbaut. Freilich, die Aufgaben, die hieraus der SA. und der SS. erwachsen können, lassen sich im einzelnen nur schwer umreißen. Und wohl niemand wäre glücklicher als der Führer selbst, wenn sich nichts ereignete, was ein Exempel auf die Probe nötig machte."

Unsere Not ist groß, das ist ein wahres Wort. Aber diese Not der Herrschenden wird auch die SA. nicht bannen können, wenn die Massen des Volkes, grenzenlos enttäuscht und verbittert, von denen Rechenschaft fordern, die sie mit Versprechungen und Illusionen, mit Ueberredung und Gewalt in das furchtbare und opfervolle Abenteuer der Hitlerdiktatur geführt haben.

Schriftleitergesetz

Göbbels über die beste aller Regierungen

„Schriftleiter" ist jetzt laut Gesetz im Dritten Reich ein öffentliches Amt. Das heißt: wenn jeder Deutsche unter einfacher Polizeiaufsicht steht, so steht der unglückliche Zeitungsschreiber unter doppelter Polizeiaufsicht. In welche beklagenswerte Situation diese armen Menschen gekommen sind, erfährt man, wenn man aus der ellenlangen Belehrung, die der Bursche Göbbels ihnen zuteil werden ließ, folgende Sätze zur Kenntnis nimmt:

Möglich, daß die Regierung in einzelnen Beschlüssen irrt, **unmöglich aber, anzunehmen, daß nach dieser Regierung etwas Besseres kommen könnte.** Es kann deshalb für jeden nationalgesinnten und verantwortungsbewußten Staatsbürger gar keine Möglichkeit geben als die Entschlüsse und Beschlüsse dieser Regierung zu decken und dafür zu sorgen, daß sie zu greifbaren Ergebnissen führen.

So haben wir auf allen Gebieten also eine Regierung, die in der Tat zufolge ihrer größeren Intelligenz und ihrer besseren Tatkraft an die Macht gekommen ist, und die sich außerdem noch der besten Köpfe der Nation bedient, um eine Irrtumsmöglichkeit, soweit überhaupt wahrscheinlich, auszuschalten. Bei dieser Regierung ist eine Irrtumswahrscheinlichkeit nicht ohne weiteres anzunehmen.

Sie traten uns mit Mißtrauen und vielfach mit feindlicher Ablehnung gegenüber. Ich glaube, vieles davon hat sich bereits gelegt. Ich glaube, vielen ist schon ein schwacher Abglanz von dem strahlenden Licht aufgegangen, das diese Bewegung wieder über Deutschland gebracht hat.

Was zu diesem Gesetz und zu dieser Rede in der Schriftleiterpresse geschrieben wird, ist für einen Menschen, der die Luft des Dritten Reiches nicht mehr gewöhnt ist, einfach nicht zu lesen. Es ist zum Erbrechen! Deutschlands Presse in ihrer tiefsten Erniedrigung!

Nähmaschine gestohlen

Eingezogen zugunsten des preußischen Staates wurde 1 Nähmaschine „Singer" Nr. 242.409 vom Ortsausschuß der Arbeiterwohlfahrt Gladbach.

Briefe aus Deutschland

Die Hölle von Sonnenburg — Gärung in der Pfalz — Nürnberger Nachklänge

Sie liegen vor uns auf dem Tisch, kleine, flüchtig gefaltete Zettel, mit hastigen Zeichen bedeckt — Briefe aus Deutschland. Die sie schrieben, wußten nicht, ob etwa schon der Häscher vor der Tür stand, wußten nicht, ob vielleicht jede Zeile Wahrheit, die sie zu Papier brachten, vor unbarmherzigen Blutrichtern wider sie zeugen würde. Sie wagten es trotz alledem, sie ertrugen das Bewußtsein der Gefahr, sie ertrugen nicht die schweigende Duldung schändlichen Unrechts. Die Welt soll wissen, was in Deutschland geschieht, die Kameraden außerhalb der blutigen Grenzpfähle sollen Kunde empfangen, sollen mit neuem Haß gegen die braunen Kerkermeister, mit immer neuem Kampfwillen erfüllt werden. Dieser brennende Wunsch drückt täglich gepeinigten Menschen drüben die Feder in die Hand — trotz aller Spitzel und Sbirren. Ein Merkmal ist all den Briefen aus Deutschland gemeinsam: phrasenlos, sachlich schildern sie das Geschehen, mit knappen Sätzen reihen sie Tatsachen aneinander, nachweisbare Tatsachen, die eine aufwühlendere Sprache sprechen als die wortreichste Anklagerede. Für Pathos ist kein Platz.

Wir, die wir in einer freieren Luft atmen dürfen, lesen die hastig beschriebenen Zettel und wissen nicht, ob die Schreiber zur Stunde noch in Freiheit, ob sie noch am Leben sind. Für uns sind die Briefe da vor uns auf dem Tisch kein totes Papier, Mahner sind sie, lebendige Ankläger gegen die braunen Landsknechte, die Deutschland zu einer verachteten und verächtlichen Mörderhöhle gemacht haben.

Wir geben hier einiges aus den Dokumenten wieder. Namen lassen wir begreiflicherweise fort. Die Verfasser sind uns durchweg als vertrauenswürdig bekannt.

„Eher vergesse ich meine Kriegserlebnisse . . .“

Ein aus dem Konzentrationslager Sonnenburg entlassener Schutzhäftling schildert seine Schreckenszeit:

Das Zuchthaus Sonnenburg war im Jahre 1928 wegen seiner schlechten Brunnen von Amts wegen geschlossen worden. Es durfte nicht mehr benützt werden, weil die Gesundheit der Gefangenen durch die mangelhafte Unterbringung gefährdet wurde. Für Schutzhäftlinge findet die nationalsozialistische Regierung diese Hölle eben recht.

Als unser dreißig Mann starker Trupp auf dem Bahnhof Sonnenburg ankam, wurden wir von einem blutjungen Polizeileutnant empfangen, der die Namen aufrief und uns dann einer SA-Kolonne überließ. Sofort erschallten Kommandos wie: „Zu uns gerichtet! Still gestanden! Zu vieren abzählen! In Gruppen links schwenkt! Marsch!“ Da viele unter uns des Exerzierens ungewohnt waren, teilten die braunen Wächter schon in der ersten Viertelstunde Fußtritte und Kolbenstöße aus. Unter den derart Mißhandelten waren zahlreiche Männer von über fünfzig Jahren, indes der älteste Peiniger vielleicht 24, der jüngste nicht über 17 Jahre zählte.

Wer etwas versah, weil seine Körperkräfte versagten, kam in den Bunker. Die Bunker waren Arrestzellen, deren einige gepolsterte Doppeltüren hatten. In diesen Zellen wurde unbarmherzig geschlagen. Trotz der schallsicheren Wände drangen die Schreie der Gefolterten bis zu uns.

Die Kameraden, die schon von Beginn an in Sonnenburg waren, erzählten uns aus der ersten Zeit entsetzliche Grausamkeiten. Fünf Inhaftierte, deren Namen der ganzen Welt bekannt sind, mußten in der Mitte des Hofes ihr eigenes Grab graben — ein großer gelber Fleck ist heute noch zu sehen —, dann verband man ihnen die Augen und schoß über ihre Köpfe hinweg. Diese

blinden Erschießungen

waren im Anfang überhaupt an der Tagesordnung und bereiteten den braunen Sadisten offenbar höllisches Vergnügen.

Im Lager war zu meiner Zeit ein 72jähriger Mann, der die Spuren furchtbarer Mißhandlungen trug. Er hatte mit seiner 70jährigen Frau ein kleines Anwesen bewirtschaftet, gehörte wohl der SPD an, war aber, wie mir später ein Bewohner des gleichen Ortes bestätigte, politisch nie sonderlich hervorgetreten. Eines Abends kamen vier SA-Leute, holten den alten, gebrechlichen und schwerhörigen Mann ab, richteten ihn im Spritzenhaus schrecklich zu und schleppten ihn dann zum „Auskurieren“ in unser Lager, damit in dem kleinen Ort niemand etwas erfuhr.

Als auf dem Tempelhoferfeld die Hindenburgeiche abgesägt worden war, befahl unser damaliger Kommandant, ein Polizeileutnant, die 860 Insaßen des Lagers auf den Hof und verkündete, daß jüdisch-marxistische Buben in Berlin die Hindenburgeiche abgesägt hätten, würden die Kommunisten und Juden im Lager drei Tage lang kein Mittagessen erhalten. Am selben Abend begann ein Strafexerzieren, wie ich es beim Militär niemals erlebt habe. Die abkommandierten Leute fielen um wie die Fliegen, sie waren völlig erschöpft. Wir andern mußten zusehen und durften den Gepeinigten nicht helfen, sondern mußten warten, bis das Kommando ertönte: „Tragt die Schweine fort!“ Diese Schleiferei hätte noch lange kein Ende genommen, wenn der Arzt sich nicht ins Mittel gelegt hätte.

Der SA-Mann Müller, der jetzt noch frei im „braunen Ehrenkleid“ umherläuft und schuldlose Menschen ihrer Gesinnung wegen quält, ist ein Mörder. Mitte August wurde

ein SPD-Mann namens Ritter, 52 Jahre alt,

Vater von mehreren unmündigen Kindern, eingeliefert. Müller folterte den Wehrlosen aufs Entsetzlichste. Am andern Morgen um 5 Uhr gab man uns bekannt, Ritter habe sich über Nacht in seiner Zelle erhängt. Der Arzt weigerte sich, den Totenschein auszustellen und verlangte Anzeige an die Staatsanwaltschaft, da der Häftling sich nicht das Leben genommen habe, sondern totgeschlagen worden sei. Die Staatsanwaltschaft kam, besichtigte die Leiche und gab sie zur Beerdigung frei.

Aber unseren Arzt haben wir nicht wiedergesehen.

Als ich endlich entlassen wurde, durchsuchte man mein Gepäck und prüfte jeden Zettel genau nach. Unnütze Mühe! Ich führte nichts bei mir, ich hatte mir keinerlei Notizen gemacht. Was ich im Lager Sonnenburg erlebte, war so entsetzlich, daß ich mein Leben lang daran tragen werde. Eher vergesse ich meine Kriegserlebnisse! — Aber trotzdem ich weiß, was mir droht, werde ich bis zum letzten Atemzuge gegen die braune Schande kämpfen. Den Haß in uns können sie mit ihren Gummiknüppeln nicht erschlagen.

„Wenn es heute anders kommt . . .“

Ein anderer Brief erreicht uns, aus dem man einiges über die beginnende Mißstimmung in der SA erfährt.

Lieber Freund!

Von mir selbst will ich nicht viel erzählen, Du weißt, wie schwer das Leben hier zu ertragen ist. Aber nicht nur wir leiden unter dem braunen Terror, auch

in der SA gibt es schon viele Enttäuschte.

Im Konsumverein sagte ein SA-Mann: „Der R. kann mich . . . Er soll seinen Aufmarsch alleine machen, ich gehe nimmer mit!“ Und ein anderer, der dabei stand, fügte hinzu: „Wenn es heute anders kommt, verbrenne ich meine Uniform und mache über politische Fragen nie mehr den Schnabel auf!“ Viele sind dabei, die innerlich schon längst ins „marxistische“ Lager gehören. Vor einigen Wochen wurden in Mannheim 57 Leute verhaftet. Jetzt erfährt man, daß darunter 43 SA-Leute waren, die gegen den Nazi-Bürgermeister Reminger gemeutert hatten. Vielleicht gelüstet es einen andern nach der Stelle.

Oft geschieht es, daß Lehrer, die um Beförderung einkommen, mit dem Bescheid nach Hause geschickt werden: „Wenn Sie eine Hauptlehrerin heiraten, können Sie deren Stelle einnehmen“. Du kannst Dir denken, was für Ehen auf diese Weise zustande kommen. Die Braut ist häufig um viele Jahre älter. — Auch die Referendare des Mannheimer Amtsgerichts wissen, was sie von der „Besserung des Arbeitsmarktes in allen Berufen“ zu halten haben. Als sie sich über die Aussichtslosigkeit beschwerten, in ihrem Fach voranzukommen, erhielten sie die Antwort: „Ja, meine Herren, da müssen Sie sich eben nach einer anderen Beschäftigung umsehen!“ Das ist leicht gesagt — wenn nur „andre Beschäftigungen“ zu haben wären!

Die Stimmung ist überall gedrückt, aber ganz im Geheimen werden doch manchmal bissige Witze weitergereicht. Galgenhumor! So erzählt man sich jetzt, eine Zeitung habe folgendes Inserat erhalten:

„Fast neuer Mercedes gegen arische Großmutter einzutauschen gesucht!“

Nachklänge vom Nürnberger Tag

Vom nationalsozialistischen Parteitag, der offiziell in den rosigsten Farben geschildert wurde, erfährt man jetzt weniger rosige Einzelheiten. Die Zivilbevölkerung in Nürnberg bekreuzigt sich noch heute, wenn sie an die „Tage des Jubels“ denkt. Hier einige Stellen aus einem Nürnberger Brief:

In Nürnberg und Fürth war alles beflaggt, aber selbst SA-Leute gaben zu, daß

viele nur aus Angst ihre Häuser schmückten.

Uebrigens übernahmen in der Königsstraße in Fürth einige SA-Leute selbst die Dekoration nichtbeflaggter Häuser. Obwohl der Befehl ausgegeben war, daß sich SA-Leute nicht betrinken dürften, sah man während des Parteitags ganze Herden torkelnder und gröhlender Braunhemden.

Frauen und Mädchen wurden derart belästigt, daß viele sich nicht mehr auf die Straße wagten,

solange die nationalen Erneuerer in Nürnberg umgingen. Als das Zeltlager am Hainberg mit Bier versorgt wurde, verschwanden von den Brauereiwagen 12 hl auf unerklärliche Weise und auf Nimmerwiedersehen. Bierfässer wurden auch auf der Heimreise in den Zügen angezapft. Im Zeltlager Leyherstraße wurden einem SA-Mann die Stiefel und die Ausrüstung gestohlen. Ein beliebig ausgewählter Fürther Geschäftsmann mußte die Kosten ersetzen. Der SA-Führer, der ihm auf diese Weise das Geld aus der Tasche zog, meinte, er könnte sich ja an die übrigen Geschäftsleute halten und von ihnen einen Teil der Summe kassieren. Am Parteitagsonntag (3. September) kam es im Zeltlager am Hainberg bei Stein zu einer

großen Rauferei zwischen den SA-Leuten, die Streitenden mußten am Ende mit Hilfe von Wasserschläuchen getrennt werden.

In der Kanalstraße in Nürnberg prügelten sich SA und SS, das Ueberfallkommando wurde alarmiert, 36 Nazis wurden verhaftet. Noch an anderen Stellen kam es zu braunen Prügeleien, über die aber Näheres nicht bekannt wurde.

Die Wagenabteile, die ihre braune Fracht zum Parteitag brachten, waren wie die Waggons im Kriege mit Inschriften versehen. Wir haben uns einige gemerkt, darunter:

„Auf nach Oesterreich! Haut den Dollfuß!“

und (neben der Karikatur eines Juden) „Haut sie naus nach Palästina!“

Als der Parteitag beendet war, wollten die Nazis geschmückt heimkehren. Die von den Bewohnern keinen Schmuck erbetteln konnten, rissen ihn von den Häusern herunter und bekränzten sich damit. Das ergab dann schöne Photographien, die als Beweis der „Begeisterung und der Anhänglichkeit an die SA“ in die Welt geschickt wurden.

SA-Leute, die während des Parteitags bei Sozialdemokraten einquartiert waren, schimpf-

---

Henry Rochefort und seine „Laterne“

Von Ultor

Während der Faschismus seine Methoden und sein System der Welt als etwas Funkelnagelneues anpreist, ist er in Wirklichkeit im Ganzen wie im Einzelnen ein geistloser Abklatsch längst verfaulten despotischen Regimes. Namentlich dient das zweite Kaiserreich in Frankreich, die Herrschaft Napoleons III., allen „autoritären“ Regierungen von heute als Vorbild. Ein dickes Buch ließe sich darüber schreiben, wie Mussolini den Bonapartismus in vielem einfach durchpaust, und auch der Hitlerismus, so sehr er sich mit germanischen Bärenfellen behängt, hat „Napoleon dem Kleinen“ das Entscheidende abgeguckt. Auch damals eine Bande von Glücksrittern, Entgleisten und Verbrechern, die durch rohe Gewalt die Staatsmacht ergriff, nachdem sie das Volk mit feiler Demagogie und tönenden Versprechungen dumm gemacht hatte, auch damals Massenverhaftungen der Anständigen und Aufrechten, auch damals eine Art SA, vor keiner Schandtat zurückschreckend, um politische Gegner zum Verstummen zu bringen, auch damals eine vollkommene „Gleichschaltung“ der öffentlichen Meinung, auch damals die Aufpeitschung der niedrigsten chauvinistischen Instinkte — die Parallelen drängen sich auf Schritt und Tritt auf. Und wenn sich heute die Hitler, Göring, Göbbels und Konsorten mit aufgeblasenen Backen rühmen, daß sie den Erdteil vor dem bolschewistischen Chaos bewahrt hätten, glaubt man den andern, den Mann vom 2. Dezember 1851, salbadern zu hören, der sich unentwegt vor Europa als „Retter der Ordnung“ vor der „Anarchie“ aufspielte.

Wie Deutschland in der heutigen Epoche seiner tiefsten Erniedrigung, kannte auch das Frankreich der bonapartistischen Schande eine beträchtliche Emigration. Die einen waren über die Grenze gegangen, weil sie sich von den Kreaturen des neues Regimes an Leib und Leben bedroht wußten, die andern, weil sie in der Stickluft des Despotismus nicht zu atmen vermochten, die dritten hatte man wider Recht und Gesetz aus ihrem eigenen Vaterlande ausgewiesen. Unter diesen Emigranten, die das wahre, das ewige Frankreich darstellten, fanden sich nicht nur weithin bekannte Politiker der Linken wie Louis Blanc, Ledru-Rollin, Pierre Leroux und Challemel-Lacour, sondern auch Gelehrte und Künstler von Weltruf wie der Philosoph und Historiker Edgar Quinet und der Bildhauer David d'Angers und als repräsentativster von allen der wahrhaft nationale Dichter Victor Hugo; die Einstein, Th. Th. Heine und Heinrich Mann von heute haben ihre Vorläufer. Selbstverständlich legte diese Emigration in Belgien, Holland, der Schweiz und England nicht die Hände in den Schoß, sondern suchte dem Pariser Gewalt- und Fäulnisregime Stoß um Stoß zu versetzen, damit es von seinem hohlen Gestell herabstürze. Keinem gelang das besser als Henri Rochefort mit seiner „Laterne“.

Der Marquis de Rochefort de Luçay genoß weit mehr den Ruf eines geistreichen Untern-Strich-Plauderers als eines politischen Schriftstellers, als er am 31. Mai 1868 die erste Nummer einer Wochenschrift „Die Laterne“ verlegte und sich damit sofort den großen Pamphletisten des Jahrhunderts einreihte. Ein eleganter Florettfechter, der die verwundbaren Stellen seines Todfeindes kannte, stieß hier mit tödlicher Sicherheit zu; nach dem Wort Joseph de Maistres handelnd: „Man trifft die Meinungen nur dann, wenn man die Personen angreift“, ging er dem Kaiser und seinen Ministern wie der Kaiserin und der ganzen Sippe der Napoleoniden mit persönlichen Invektiven zu Leibe, die eben so von Geist wie von Bosheit funkelten. Er schenkte ihnen nichts: er deckte all ihre Blößen auf; er gab sie schonungslos dem Gelächter und der Verachtung preis. Jeden Samstag Morgen erschien das in einen blutroten Umschlag gehüllte sechzigseitige Heft und ging reißend ab; nach solcher Speise hungerten die Zwangsleser der „gleichgeschalteten“ Presse, die Tag für Tag Cäsars Lob sang. Rochefort hatte die Kühnheit, die Hyäne in ihrer Höhle zu reizen: er gab die „Laterne“ in Paris selber heraus, unter den Augen der bonapartistischen Polizei, heraus! Die Machthaber zuckten wie unter Peitschenhieben zusammen, aber da selbst das Frankreich der Dezemberbande nicht auf eine solche Stufe der Barbarei herabgesunken war wie das Hakenkreuz-Deutschland von 1933, wo der Herausgeber sofort in einem Konzentrationslager verschwunden wäre und in der Zelle „Selbstmord“ verübt hätte, setzte es nur Konfiskationen jeder Nummer und in rascher Progression steigende Geld- und Gefängnisstrafen; auch bedeutete die Polizei dem Drucker, daß seine Pressen zerstört würden, wenn er das verfemte Blatt weiter herstelle. Um seinen Kampf ungehindert fortsetzen zu können, ging Rochefort ins Exil; von der zwölften Nummer ab war Brüssel der Druckort der „Laterne“. Aber da sie keine Zeitschrift von Emigranten für Emigranten sein, sondern in Frankreich als Gärstoff wirken wollte, hieß das Hauptproblem, sie einzuschmuggeln. Es wurde auf mannigfache und oft erheiternde Weise gelöst. Die für Frankreich bestimmte Ausgabe erschien in so kleinem Format, daß sie bequem in verschlossenem Briefum-

ten gehörig auf die braunen Bonzen. Einige erklärten, sie seien früher Kommunisten gewesen, und machten jetzt eben hier mit, aber ihrer wahren Ueberzeugung entspräche der ganze Rummel nicht. Ein Hakenkreuzlehrer sagte, er wisse selbst ganz genau, daß 60 Prozent der SA-Leute minderwertige Gesellen und Lumpen seien. Beim Anblick der betrunkenen Landsknechtshorden bekannten einige — nüchtern gebliebene — Braunhemden, das sei eine Schande für Deutschland, anständige SA-Leute müßten sich der eigenen Gefährten schämen.

Bei alledem geht die Verfolgung der Andersgesinnten nicht nur weiter, sie verschlimmert sich sogar, und

die Ausschreitungen gegen Juden

nehmen noch immer zu. In Fürth wurden vor einiger Zeit zweimal in Abständen von 8 Tagen drei jüdischen Firmen (Mannes, Hausmann und Hertz) die Schaufenster eingeworfen. Unter den Tätern befand sich der Polizeiwachtmeister Rath, der Führer einer Nazi-Motorradstaffel war. Er wurde nach den Vorfällen vorübergehend nach Nürnberg versetzt, kehrte aber bald zurück. Die Unzufriedenheit über Streichers brutales Auftreten wächst auch in Nazikreisen. Wie immer, wenn der Topf am Ueberkochen ist, wird von seiner bevorstehenden Versetzung gesprochen.

Die nicht gleichgeschalteten Hakenkreuzgegner haben entsetzlich zu leiden, sie sind vogelfrei. Mitte August wurde in Nürnberg

das SDP-Mitglied Pflaumer verhaftet,

nach zwei Stunden aber wieder freigelassen, da keine Beweise für irgendeine Schuld vorhanden waren. Am Nachmittag des gleichen Tages verhaftete die SA den Mann aufs neue. Seine alte Mutter trug ihm zwei Tage lang Essen zu, das auch angenommen wurde. Am zweiten Tage nach der Verhaftung kam die Leichenfrau zu der Mutter und teilte ihr mit, der Sohn sei a n e i n e m H e r z s c h l a g g e s t o r b e n. Im Leichenhaus lag Pflaumer im Sarge, so in Tücher gehüllt, daß nur das Gesicht zu sehen war. An der Stirn zeigten sich Beulen.

Ein anderer Sozialdemokrat wurde etwa zur gleichen in einem anderen Ort verhaftet. Er liegt jetzt im Krankenhaus, der Oberarzt verweigert jede Auskunft über die Krankheit. Die Eltern, die nicht an das Krankenlager gelassen werden, wissen nur, daß ihr Sohn mit dem Tode ringt.

Die Waffenfunde beim Reichsbanner in Nürnberg sind ein nationalsozialistischer Schwindel. An der angeblichen Fundstelle in der Gartenstadt wurde nicht einmal gegraben — das Erdreich ist fest, der Rasen eingewurzelt, trotzdem angeblich vier Maschinengewehre herausgebuddelt worden sind. Im Wasser suchte die Feuerwehr einen Tag lang mit Netzen und Stangen vergebens, dann kam die SA und zog — ohne zu suchen — einen Sack aus dem Wasser, in dem angeblich ein Maschinengewehr steckte. Solche angebliche „Entdeckungen" werden als Vorwand benützt, um die Arbeiterbevölkerung aufs schwerste zu brutalisieren, um immer neuen Terror zu verüben.

Volk im Joch

Ein Schreiben, aus dem wir hier Bruchstücke wiedergeben, bestätigt u. a. jene Mannheimer Meuterei, von der im vorigen Brief die Rede ist.

„. . . Herr Dr. Göbbels erklärte auf einer Konferenz der deutschen Zeitungsverleger, er wünsche keine Uniformierung der Presse. In der Praxis siehts anders aus. Die Werber der Nazipresse begnügen sich nicht damit, die minderwertigen braunen Blätter anzupreisen, sie bedrohen vielmehr die Nichtabonnenten, sie verheißen ihnen allerlei schlimme Dinge und haben mit ihren Erpressermethoden natürlich guten Erfolg. Das spüren die zwar gleichgeschalteten, aber nicht parteiamtlichen Zeitungen gewaltig, ihre Abonnenten schwinden mehr und mehr. Als kürzlich das altangesehene „Heidelberger Tageblatt" gegen diese Methoden protestierte, wurde es sofort auf 14 Tage verboten. Damit nicht genug, hielt der Nazi-Bürgermeister Wetzel auf dem Heidelberger Marktplatz einen SA-Appell ab, bei dem er u. a. verkündete,

jeder, der künftig noch das „Heidelberger Tageblatt" lese, werde als Staatsfeind betrachtet werden.

Vor einigen Tagen wurden in Altlußheim, einem größeren Dorf im Amtsbezirk Mannheim mehrere Anhänger und örtliche Führer der n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e n P a r t e i v e r h a f t e t.

In Speyer wurde vor kurzem ein Sturmführer der Pfälzer SA von einigen seiner Untergebenen jämmerlich verprügelt, als er sie wegen Insubordination zur Rede stellte, und in Mannheim nahm man über 40 SA-Leute fest, weil sie angeblich in Opposition zur Parteiführung stehen. Wahrscheinlich haben sie den Schwindel von der beseitigten Arbeitslosigkeit satt bekommen. Mannheim hat noch immer über 40.000 Erwerbslose, offiziell wird aber behauptet, es sei „frei von Erwerbslosigkeit". Gleichfalls in Mannheim wurden vor einiger Zeit

von SA-Leuten Flugblätter verteilt,

in denen an die Parteileitung die Frage gestellt wurde, was eigentlich die nach dem 30. Januar in die Partei Eingetretenen zu erwarten hätten. Bis jetzt war nämlich bei der Arbeitsbeschaffung immer nur von den „alten Pgs." die Rede, und die neuen fühlen sich geprellt.

Auch u n t e r d e n B a u e r n wächst die Enttäuschung. Im Schwarzwald erzählt man sich folgendes: Die Naziregierung, die sich auf ihre Tierfreundlichkeit viel zugute tut, hat verboten, zwei Ochsen in ein Joch zu spannen. Die Bauern, die von dieser Bestimmung nicht erbaut sind, pflegen einander zuzuflüstern: „Was ist das für eine Regierung? Zwei Ochsen sollen nicht in einem Joche gehen, aber ein ganzes Volk wird in ein Joch gespannt — und wehe, wer dagegen aufmuckt!"

Die „Gezeichneten"

Einem Brief vom Rhein entnehmen wir einige Stellen:

. . . Arbeit bekomme ich, solange dies System herrscht, nicht mehr, und die Unterstützung reicht nicht zum Nötigsten.

Niemand wagt es, uns verfemte zu beschäftigen.

Ich habs als Agent versucht, da ist es das Gleiche. Jeder hat Angst, einem Gezeichneten einen Auftrag zu geben, ihm etwas abzukaufen.

In den Kinderhirnen richten die Kriegsfanatiker grauenhafte Verwirrung an. Die Hosenmätze von 8—10 Jahren hängen sich schon das Messer der Hitlerjugend — einen richtigen kleinen Dolch — ans Koppel, die Klinge trägt die Aufschrift: „Blut und Ehre". Die Lehrer unterrichten die Kinder in wissenschaftlichen Fächern höchst mangelhaft, mit desto größerer Sorgfalt bringen sie ihnen den Gebrauch von allerlei Waffen bei. Du kannst Dir denken,

wie wir Eltern unter dieser Kindervergiftung leiden,

der wir tatenlos zusehen müssen. Doch stehen wir alle fest. Im ganzen Bezirk ist keiner, den wir als Sozialdemokraten anerkannten, umgefallen. Viel Erbärmlichkeit findet man in den Kreisen der „Sympathisierenden". Die Konjunkturritter, die uns Brei um den Bart schmierten, solange wir „etwas zu sagen hatten", können jetzt die Arme gar nicht hoch genug zum Himmel recken.

Die alte Liebe des deutschen Michel zur Uniform feiert gegenwärtig Orgien. Sogar die Wohlfahrtsempfänger, die Pflichtarbeit leisten müssen, sind uniformiert. Um 7 Uhr ist Antreten, Abzählen, in Kolonnen rechts schwenkt, marsch, dann gehts im Gleichschritt und mit Gesang zur Arbeit. Für diesen Spaß wird pro Woche eine Mehrleistung von — zwei Mark gezahlt!

Die Stimmung ist gedrückt. Die G e s c h ä f t s l e u t e k l a g e n, sie wissen sich vor Sammlungen und „freiwilligen" Spenden nicht mehr zu retten. Man stöhnt und jammert, hinter verschlossenen Türen wird auch schon einmal geflucht und geschimpft — aber in der Oeffentlichkeit wagt niemand, den Mund aufzutun . . .

Wir haben Briefe und Briefstellen so ausgewählt, daß sie zur Darstellung bringen, was heute in Deutschland nicht das Außerordentliche, sondern das G e w ö h n l i c h e ist. Postenjägerei und Verwirrung auf allen Gebieten, Brutalität ohne Grenzen gegen wehrlose Gegner, militaristische Begeisterung bei einem großen Teil der Jugend, viel Unzufriedenheit aber noch mehr Furcht bei Bauern und Mittelstand. Unschlüssigkeit beim politischen Treibholz, ungebrochene Festigkeit und Treue zum Gedankengut des d e m o k r a t i s c h e n S o z i a l i s m u s bei den altorganisierten Arbeitern und Angestellten — aus vielen hunderten von Briefen ergibt sich stets dasselbe Bild. Das Ausland aber soll wissen, daß es in Deutschland heute nicht nur mehr Dummheit und Schurkerei gibt als in irgend einem anderen Lande der Welt, sondern auch n o c h H e l d e n t u m. Manches erzählen die Briefe uns davon, was später einmal in den Büchern der Geschichte zu lesen sein wird. Wir müssen noch schweigen.

Ausrottung der Juden

Systematische Fortsetzung des kalten Pogroms.

Vor uns liegt dieses Schriftstück, das wir in vollem Wortlaut wiedergeben:

Deutscher Landhandels-Bund e. V.
Berlin NW. 7, Mittelstr. 2—4.

Berlin, den 31. August 1933.

An sämtliche Weinhandel treibende Verbände und damit in Verbindung stehenden Firmen.

Das A m t f ü r A g r a r p o l i t i k beauftragt uns, auf dem schnellsten Wege sämtliche a r i s c h e n W e i n h ä n d l e r des gesamten deutschen Weinhandels, soweit er im Reichsverband des Deutschen Weinhandels organisiert ist, und darüber hinaus auch die a r i s c h e n W e i n h ä n d l e r, die noch nicht organisatorisch irgendwie eingegliedert sind, in dem Deutschen Landhandels-Bund zusammenzufassen und in die Fachgruppe „Deutscher Weinhandel" einzugliedern.

Das Ziel unserer Fachgruppe Deutscher Weinhandel ist, Vereinheitlichung sämtlicher am Weinabsatz beteiligten Handelskreise mit dem Endzweck, den Aufbau eines in sich geschlossenen und einheitlich geführten Weinhandels herbeizuführen, damit wieder Treue und Glauben die Grundlage einer unlösbaren Zusammenarbeit zwischen Weinbau und Weinhandel bildet.

Ein solcher Zusammenschluß fördert die Durchschlagskraft der Interessen des Weinhandels auf Stärkste.

Von dieser Tatsache ausgehend, ergeht nun an Sie und Alle der Ruf zur Mitarbeit. Die Grundbedingung ist, daß die Mitgliedschaft nur diejenigen erringen, die Inhaber bezw. Geschäftsführer der aufzunehmenden F i r m e n a r i s c h e r A b k u n f t sind und keiner gleichartigen Organisation angehören.

Der Mitgliedsbeitrag für das 2. Halbjahr 1933 beträgt Rm. 12.—, außerdem ist ein einmaliger Werbebeitrag von RM. 5.— zu zahlen. Der D. L. B. ist dazu berufen, das Wohl des Vaterlandes an die erste Stelle seiner Betätigung zu stellen und von diesem Grundsatz ausgehend, ist er besonders darauf bedacht, seinen Mitgliedern in ihrem Kampf um die Existenz, die durch feste, zielbewußte Mitarbeit am ehesten gesichert werden kann, helfend zur Seite zu stehen.

Wir hoffen von Ihnen, daß Sie den Aufnahmeantrag, den Sie anbei finden, baldmöglichst an uns zurücksenden werden.

Die Mitgliedskarte geht Ihnen nach Ueberweisung des Betrages zu.

Fachgruppe VII: Deutscher Weinhandel
ge.: Dünges

Mit deutschem Gruß:
H e i l H i t l e r !
Deutscher Landhandels-Bund e. V.
gez. Eichinger.

P. S. Haben Sie sich schon zum D. L. B.-Tag in München, in der Zeit vom 21. 9. — 24. 9. 1933 angemeldet? Wenn nicht, tun Sie dies sofort bei der Landesgruppe Süd, München, Lenbachplatz 6/II.

Dem Schreiben ist ein Aufnahmeschein hinzugefügt mit folgender Erklärung:

Ich erkläre hiermit, daß ich rein arischer Abstammung bin und in meinem Betriebe n u r n i c h t j ü d i s c h e s P e r s o n a l beschäftige und auch beschäftigen werde.

Der Deutsche Landhandels-Bund umfaßt in 16 Gruppen, angefangen von Mehl und Mühlenfabrikaten bis zu Eiern, die landwirtschaftlichen Produkte und den landwirtschaftlichen Bedarf wie Kohle und Düngemittel. In all diesen Zweigen des Handels soll den Juden die Existenz nicht nur als Firmenträger, sondern auch als b e s c h e i d e n s t e A n g e s t e l l t e unmöglich gemacht werden!

Das ist der grausamste A u s h u n g e r u n g s k r i e g, der jemals gegen eine wehrlose Minderheit geführt worden ist!

---

schlag zu befördern war. Obwohl das „Schwarze Kabinett" des Kaiserreichs nicht davor zurückscheute, Postsendungen zu erbrechen, gelangten derart jede Woche Tausende von „Laternen" in die Hände der Bezieher. Der Portoersparnis halber schickte man die Briefe sogar in Paketen über die Grenze, um sie an der ersten französischen Station aufzuliefern. Als dieser Weg versperrt wurde, bediente man sich, ohne daß er davon wußte, eines Sekretärs der französischen Gesandtschaft in Brüssel, der in seinem der Zollkontrolle nicht unterworfenen, diplomatischen Gepäck für einen belgischen Tabakgroßhändler Zigarren nach Frankreich zu schmuggeln pflegte; der Auftraggeber, ein Freund Victor H u g o s, erteilte gern seine Zustimmung, daß stets ein Koffer mit „Laternen" vollgepackt wurde. Da sich auch dieser Kanal verstopfte, verfielen R o c h e f o r t und seine Mitarbeiter auf eine wahrhaft geniale Idee. In Brüssel entdeckten sie einen italienischen Gipsfigurenfabrikanten, der billige Büsten Napoleons III. für den Versand nach Frankreich anfertigte. Mit ihm setzten sie sich ins Benehmen, daß er jedesmal vor Vollendung des Gusses eine größere Anzahl „Laternen" in den Hohlraum der Büsten einschloß. Stolz trugen die Vertrauensleute R o c h e f o r t s diese Gips-Napoleons an den französischen Zöllnern vorüber, die beim Anblick ihres Souveräns keinerlei Argwohn schöpften, zumal sie erfuhren, daß die Büsten zum Aufstellen in Bürgermeistereien bestimmt seien. Da Frankreich 36.000 Gemeinden zählte, trug diese Schmuggelart die Gewähr der Dauer in sich, bis einmal einem der Träger eine Büste gerade vor dem Zollposten entglitt; sie fiel zur Erde, zerbrach und enthüllte, einen Blutstrom roter „Laternen" ausschüttend, daß der gipserne Kaiser im Gegensatz zu dem lebenden etwas Vernünftiges im Kopf hatte.

Aber neue Schleichwege zur Einschmuggelung des über alle Maßen wirksamen Pamphlets fanden sich; in Zehntausenden von Exemplaren gedruckt, erreichte „Die Laterne" trotz aller Büttel und Spitzel die Abonnenten in Frankreich, deren Zahl von Woche zu Woche wuchs. Die Saat von Haß und Hohn gegen das bonapartistische Banditenregime, die sie ausstreute, ging anno 1870 nach den Niederlagen von Metz und Sedan auf; die Republik wurde ausgerufen, in deren Provisorischer Regierung von Rechts wegen auch R o c h e f o r t saß, und vom Kaiserreich blieb in der Geschichte Frankreichs nicht mehr als das, was von der Hitlerei in der Geschichte Deutschlands bleiben wird, ein nicht auszutilgender Blut- und Schmutzfleck.

Horst-Wesselfilm-Skandal!

Der braune Filmbetrieb hat sich eine neue Blamage geholt. Seit Monaten rummelte die Nazipresse für den kommenden großen Horst-Wessel-Film „Das nationale Heldenlied". Jetzt muß das halbamtliche Contibüro gestehen, daß der braune Heldenfilm vom Propagandaministerium v e r b o t e n werden mußte und „dafür Sorge getragen wird, daß dieser Film in seiner gegenwärtigen Form nicht in der deutschen Oeffentlichkeit erscheint". Die Handlung und die Leistungen der Hauptdarsteller seien „äußerst dürftig." Es stehe zur Zeit noch nicht fest, ob der Film umgeändert oder völlig in der Versenkung verschwinden müsse. Er sei „die Arbeit einer ziemlich o b s k u r e n ad hoc gegründeten Filmgesellschaft", die die nationalsozialistische Konjunktur ausnützen wollte, klagt das halbamtliche Büro.

Dieser Konjunkturrummel wird niemanden verwundern, der das Geschäft der „nationalen Erneuerung" kennt. Aber wer sind denn die Konjunkturritter in diesem Falle? Als künstlerischer Oberleiter figuriert Hitlers alter intimer Freund H a n f s t a e n g e l, das Manuskript mit der „äußerst dürftigen Handlung" fabrizierte der fingerfertige, wandlungsreiche H. H. E w e r s. Diese obskure Firma durfte von SA-Banden ganze Proletarierviertel terrorisieren lassen, um richtige blutige Zusammenstöße vor die Kurbel zu kriegen; ihr wurde eine Saalschlacht geliefert, bei der es einen Toten und Schwerverletzten gab; Juden wurden aus ihren Häusern geschleppt und geschlagen, bis sie die Rolle „verschlagener, krummnäsiger Kommunisten" und hinterlistige Dachüberfälle" auf die brave SA. nach dem Wunsche ihrer Peiniger spielten. Diese und andere Greuel durfte die „obskure Filmgesellschaft" unter o f f i z i e l l e r M i t w i r k u n g ganzer SA.-Stürme und m i t f r e u n d l i c h e r U n t e r s t ü t z u n g d e r B e h ö r d e n verüben. Im Auslande wurde entrüstet über diese Kulturschande berichtet, aber die Kurbelei ging weiter.

Plötzlich hat es Held Göbbels, der seine schmutzigen Hände jetzt tapfer in Unschuld wäscht, mit der Angst gekriegt. Was ist geschehen? Geriet etwa das Z u h ä l t e r m i l i e u, in dem der Naziheilige heimisch war, zu deutlich? Oh nein, historische Wahrheit gibts in dem Machwerk nicht. Das a u s w ä r t i g e A m t hat eingegriffen und erklärt, daß der Film für etwaige Judenprogrome verantwortlich zu machen sei. Der kleine Josef hat in Genf die Verachtung der zivilisierten Staaten sozusagen an der Quelle gerochen und einige Tage lang aus erster Hand bezogen. Angesichts der Genfer Minderheitsdebatten wagt er nicht mehr, das antisemitisch-naziotische Schandwerk der Weltöffentlichkeit zu bieten. Die S c h u l d wird mutig, wie immer auf obskure Andere abgewälzt, und von den Hundertausenden, die wieder einmal sinnlos verpulvert wurden, erfährt das Volk nichts.